

# REPORT BERLIN

Bericht aus dem  
Deutschen Bundestag  
von Carsten Müller

10/2017



Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,

der Tod von Bundeskanzler **Helmut Kohl** ist ein unsagbar großer Verlust für unser Land, der mich noch immer tief betroffen macht. Wir haben einen großen Staatsmann verloren! Helmut Kohl hat sich nicht nur um die Deutsche Einheit außerordentliche Verdienste erworben, sondern auch um die Einigung Europas und die Aussöhnung mit einstigen Gegnern Deutschland und mit Israel. Ich selbst durfte ihn mehrfach treffen. Unter anderem folgte er auch meiner Einladung nach Braunschweig. Das sind natürlich auch unvergessene Momente. Helmut Kohl war unbestritten eine große politische Leitfigur, die sich durch Haltung und – nicht immer unumstrittene – Prinzipien auszeichnete. Ich habe die dringende Erwartung, dass die Stadt Braunschweig dem Vater der Deutschen Einheit und Ehrenbürger Europas zu gegebener Zeit zum Beispiel durch Benennung eines prominenten Platzes oder einer zentral gelegenen Straße eine dauerhafte angemessene Würdigung zuteilwerden lässt.

Am Mittwoch haben wir über die Verlegung des Bundeswehrkontingents aus dem **türkischen Incirlik** debattiert. Grund für den Abzug aus der Türkei war, dass die Gespräche zu den Besuchsmöglichkeiten von Bundestagsabgeordneten bei den Bundeswehr-Soldaten an der türkischen Regierung gescheitert sind. Damit verweigert die Türkei den Parlamentariern eines NATO-Partners endgültig das Besuchsrecht. Diese Entscheidung der Türkei ist nicht nur falsch. Sie widerspricht dem Wertekanon der NATO und erschwert unnötig den Kampf der Staatengemeinschaft gegen das terroristische Regime des IS. Die Auslandseinsätze der Bundeswehr werden vom Bundestag mandatiert und müssen durch diesen auch kontrolliert werden können. Dazu gehört auch die grundsätzliche Besuchsmöglichkeit durch Abgeordnete. Das Verhalten der Türkei zwingt uns zur Verlegung der Tornado-Aufklärungsflugzeuge. Diese sollen auf die jordanische Luftwaffenbasis Al Azraq verlegt werden.

Der Countdown zur **Bundestagswahl** am 24. September läuft! Der Wahlkampf wird nicht nur eine intensive persönliche Aufgabe, sondern im hohen Maße auch eine finanzielle Herausforderung. Wahlkampf ist nicht zum Nulltarif zu haben, er kostet Geld – Ausgaben, für die ich ganz und gar alleine aufzukommen habe. Deshalb würde ich mich sehr freuen, wenn Ihnen meine politische Arbeit die finanzielle Unterstützung in Form einer Spende wert wäre. Jeder Beitrag zählt! Die Kontodaten für eine freundliche Spende lauten:

Kontoinhaber: CDU-Kreisverband Braunschweig  
Kreditinstitut: Braunschweigische Landessparkasse (BLSK)  
Verwendungszweck: Spende Bundestagswahl 2017  
IBAN: DE77 2505 0000 0199 8891 30  
BIC: NOLADE2HXXX

Da Wahlkampfspenden unter bestimmten Voraussetzungen steuerlich absetzbar sind, bekommen Sie dafür auch eine Spendenquittung ausgestellt. Bitte geben Sie bei der Überweisung deshalb auch Ihre Adresse an.

Vielen Dank für Ihre Unterstützung und mit herzlichen Grüßen aus Berlin

Carsten Müller

Berlin, 23. Juni 2017



**Carsten Müller**  
Mitglied des  
Deutschen Bundestages  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel: 030/227 – 73298  
Fax: 030/227 – 76298  
[carsten.mueller@bundestag.de](mailto:carsten.mueller@bundestag.de)  
[www.carsten-mueller.com](http://www.carsten-mueller.com)

## **Gesetz zur Reform der Pflegeberufe**

Mit der Reform der Pflegeausbildung wurden die Pflegereformen dieser Legislaturperiode zum Abschluss gebracht. Nachdem mehr Bedürftige mehr Leistungen in der Altenpflege beziehen, wird nunmehr dafür gesorgt, dass auch bei steigender Anzahl Pflegebedürftiger ausreichend qualifiziertes Personal zur Verfügung steht. Um die Pflegeberufe attraktiver zu machen, wird ab 2020 ein Praxistest gestartet und eine Zeit lang mehrere Ausbildungswege zugelassen. Alle Pflege-Auszubildenden werden die ersten zwei Jahre lang gemeinsam ausgebildet. Danach können sie sich entscheiden, ob sie sich im dritten Jahr auf Kinderkranken- oder Altenpflege spezialisieren oder ob sie Generalisten bleiben möchten. Wichtig war es, dass die drei Berufsabschlüsse – insbesondere in der Alten- und Kinderkrankenpflege – erhalten bleiben und gleichberechtigt nebeneinander stehen. Die Auszubildenden sollten die größtmögliche Freiheit haben, selbst zu entscheiden, welches der beiden Modelle das bessere ist. Große Sorge war, dass der Nachwuchs ausbleibt, weil Schüler mit Hauptschulabschluss mit der neuen Ausbildung überfordert sein könnten. Es ist nun vorgesehen, dass Pflegeschüler, die nach zwei Jahren die Ausbildung mit einer Prüfung beenden, zukünftig als Pflegeassistenten arbeiten können. Positiv ist auch, dass das Schulgeld in der Altenpflege der Vergangenheit angehört. Dies ist ein wichtiger Beitrag, dem Fachkräftemangel in der Pflege wirksam zu begegnen. Nach sechs Jahren Umsetzung der neuen Ausbildung erfolgt dann eine Auswertung der Anzahl der separaten Abschlüsse. Haben mehr als 50 Prozent den generalistischen Abschluss gewählt, sollen die eigenständigen Berufsabschlüsse auslaufen. Über Abschaffung oder Beibehaltung entscheidet der Deutsche Bundestag. Ebenso wird der Gesetzgeber über die weitere Ausgestaltung des Pflegeberufsgesetzes durch eine Ausbildungs- und Prüfungsverordnung beraten.

## **Änderung des Grundgesetzes – Parteienfinanzierung**

Alle Parteien werden vom Staat auf Grundlage des Parteiengesetzes finanziert – auch die NPD, die im Jahr 2015 1,3 Millionen Euro aus der Staatskasse bekam. Ihr Verbot war im Januar vom Bundesverfassungsgericht abgelehnt worden, begründet durch ihre politische Bedeutungslosigkeit. Die NPD hat weniger als 6000 Mitglieder und ist in keinem Landtag mehr vertreten. In seinem Urteil wies das Gericht jedoch darauf hin, dass die Finanzierung der NPD geändert werden könne. In zweiter und dritter Lesung wurde deshalb eine Grundgesetzänderung beschlossen, mit der Parteien, die nach ihren Zielen dem Verhalten ihrer Mitglieder darauf ausgerichtet sind, die freiheitlich demokratische Grundordnung der Bundesrepublik zu beeinträchtigen oder zu beseitigen, von der staatlichen Teilfinanzierung und von steuerlichen Begünstigungen ausgeschlossen werden können. Als Konsequenz der genannten Grundgesetzänderung wurde ebenfalls ein Gesetz zur Schaffung eines entsprechenden Verfahrens im Bundesverfassungsgerichtsgesetz verabschiedet. Nur das Bundesverfassungsgericht kann eine Partei von der staatlichen Teilfinanzierung ausschließen, wobei der Ausschluss für die Dauer von sechs Jahren erfolgt.

## **Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes**

Verabschiedet wurden gesetzliche Anpassungen an aktuelle Entwicklungen der deutschen Naturschutzpolitik. So werden wir unter anderem eine Umsetzungsfrist für die Schaffung eines Biotopverbundsystems eingeführt sowie die Ermächtigunggrundlage für das Einrichten von Meeresschutzgebieten erweitert.



**Weitere Informationen zur Woche im  
Deutschen Bundestag finden Sie auch hier:**

[www.cdusu.de](http://www.cdusu.de)  
[www.bundestag.de](http://www.bundestag.de)

## **Wirtschaft rechnet mit 500.000 neuen Jobs in diesem Jahr**

Die Wirtschaft rechnet insgesamt mit einer halben Million neuer Stellen in diesem Jahr. Haupttreiber der erfreulichen Beschäftigungsentwicklung bleiben die Dienstleistungsbranchen. Allein 130.000 neue Stellen wollen Gesundheits- und Sozialdienstleister wie Krankenhäuser, Arztpraxen, Kindertagesstätten und Betreuungsheime schaffen. Die Nachfrage steige auf Grund des demografischen Wandels und des wachsenden Gesundheitsbewusstseins. Ebenso viele neue Jobs wird es demnach bis Ende des Jahres bei unternehmensbezogenen Dienstleistern geben - etwa in Werbeagenturen, Marktforschungsinstituten, bei Wirtschaftsprüfern oder Sicherheitsunternehmen. Handel, Verkehr und Gastgewerbe rechnen demnach mit 100.000 zusätzlichen Stellen, Bildungsdienstleister mit 50.000, das Baugewerbe mit 35.000 und Industrie sowie Informationsdienstleister mit jeweils 30.000. Im Baugewerbe erreichen die Beschäftigungsabsichten sogar ein Rekordniveau. Allerdings: Mehr als jeder zweite Betrieb sieht laut seine Geschäftsentwicklung durch den Fachkräftemangel gefährdet. Der Mangel an geeignetem Personal zementiere sich als „Top-Risiko“ - und zwar in allen Regionen und vielen Branchen. (Quelle: AFP)

## **Trauer um Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl**



## **Ifo-Institut erhöht Wachstumsprognose**

In Deutschland stehen die Zeichen nach Einschätzung des Ifo-Instituts weiter auf Aufschwung. Die Konjunktur gewinne an Stärke und Breite. Die Ifo-Forscher erhöhten daher ihre Wachstumsprognosen. In diesem Jahr erwarten sie nunmehr ein Wirtschaftswachstum von 1,8 Prozent, nachdem sie zuvor mit 1,5 Prozent gerechnet hatten. Für 2018 erhöhte das Ifo-Institut die Prognose auf 2,0 Prozent, nach zuvor 1,7 Prozent. Als Wachstumstreiber sehen die Wirtschaftsforscher die lebhaftere Konsumnachfrage der privaten Haushalte und die rege Bautätigkeit. Ein zunehmender Beitrag am robusten Aufschwung komme aber auch von der Exportwirtschaft, die von besseren Konjunkturaussichten in der Eurozone profitiere. Außerdem werde der Export durch eine anziehende Weltwirtschaft gestützt. (Quelle: dpa)